

sem Wege fort, so könnte man dazu kommen, daß die Steuer von einem bestimmten Kinde an fortfällt und weiter den Eltern für jedes Kind eine Beihilfe gezahlt wird, die als Zuschläge von den Lebigen, Kinderarmen und Kinderlosen zu ersehen sind.

Auch die Berücksichtigung der Kinderzahl bei der Bemessung der Gehälter der Beamten und Angestellten hat sich bereits im Laufe der letzten Jahre eingebürgert. Der Einwand, der Beamte müsse ausschließlich nach seiner Leistung bezahlt werden, ist in der Tat wenig stichhaltig, da die Festsetzung des Gehalts auch gegenwärtig unabhängig von der individuellen Leistungsfähigkeit nach Maßgabe der Vorbildung und des Dienstalters geschieht, so daß ohne Schwierigkeiten noch eine Staffelfung nach der Kinderzahl hinzutreten kann. Es ist das von um so größerer Bedeutung, als die Schicht der Bevölkerung, die durch die Familien der Beamten und Angestellten und überhaupt Fortbesoldeten gebildet wird, fast den fünften Teil der deutschen Gesamtbevölkerung ausmachen dürfte und in Sitten und Lebensgewohnheiten auch für die übrige Bevölkerung von großem Einfluß ist. Ein wenig anders stellt es sich bei der Abschätzung des Lohnes der Arbeiter nach der Kinderzahl. Auch hier zeigen sich Anlässe, die schwerlich wieder ganz verschwinden werden, namentlich soweit es sich um Arbeiter in Staats- und Gemeindefabriken handelt. Bei den freien Betrieben läßt sich jedoch mit Recht einwenden, daß der Zwang zu höherer Lohnzahlung an Familienväter die Unternehmer von deren Einstellung abhalten könnte und damit das gerade Gegenteil von der beabsichtigten Wirkung erzielt werden würde. Um das zu verhindern, sind auch bereits in einigen Industriezweigen Ausgleichsklassen zur Vermeidung der ungleichen Belastung der Arbeitgeber gearndet worden, in welche die Arbeitgeber gleichmäßige Beiträge einzahlen, und aus denen die Kinderzulagen an die einzelnen Familienäter gezahlt werden.

Diese Form leitet zu einem Ausgleich der Familienlasten auf dem Wege der sozialen Versicherung über, die voraussichtlich einmal berufen sein wird, das wichtigste Mittel abzugeben, den Geburtenrückgang aufzuhalten. In einem Lande, das, wie das unsere, der Welt das Sozialversicherungswesen geschenkt hat, sollte es nahe liegen, sich des Mittels der Versicherung zum Hintanhalten des Geburtenrückganges zu bedienen und zwar bald, ehe es zu spät ist, wie jetzt anscheinend in Frankreich. Dies würde am besten geschehen durch eine allgemeine, also auch die demütigsten Volksschichten einbeziehende Elternschafts- und Kinderrentenversicherung. In einer solchen Versicherungsklasse, die dem Reiche selbst keinen Pfennig zu kosten brauchte, würden die obligatorischen Beiträge der Lebigen, Kinderlosen und Kinderarmen, abgesehen nach der Höhe ihres Einkommens, zusammenströmen und von dort aus den Kinderreichen je nach ihrem minderen Einkommen und ihrer höheren Kinderzahl zufließen. Einzelheiten einer solchen Elternschaftsversicherung zu erörtern, erübrigt sich, da es keinem Zweifel unterliegen kann, daß sie sich bei der hier leichten Berechenbarkeit der Versicherungsrisiken mit Hilfe der Bevölkerungsfaktoren viel einfacher gestalten lassen würde als jede andere bestehende Versicherung. Nicht ihre Organisation wird Schwierigkeiten bereiten, sondern nur die Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf solche ihr noch fremden Gedankengänge. Aber der Geburtenrückgang, der in wenigen Jahren, wie schon heute die neuesten Ergebnisse unserer Bevölkerungsstatistik andeuten, bei uns eine erschreckende Ausdehnung gewinnen wird, dürfte noch dieser Richtung hin ergiebiger wirken.

Der wichtigste Pfeiler unseres Volkstums ist der Stolz der Bevölkerung. Es ist nicht zu leugnen, daß dieser Pfeiler unserer Volkstugend durch den Geburtenrückgang ins Wanken zu kommen droht. Es ist daher an der Zeit, nach Mitteln Ausschau zu halten, die geeignet sind, den Geburtenrückgang zur rechten Zeit zum Halten zu bringen.

Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin.

München, 8. Sept. Der Reichspräsident v. Hindenburg traf heute vormittag 10.25 Uhr von Dietramszell kommend in München ein. Zur Fahrt ab Hofkirchen war ein Sonderzug mit Salonwagen bereitgestellt worden. Von einem offiziellen Empfang in München war auf ausdrücklichen Wunsch des Reichspräsidenten abgesehen worden. Am Bahnhof hatten sich der Vertreter der Reichsregierung in München, Gesandter von Daniel, der Präsident der Reichsbahndirektion München v. Böcker und andere eingefunden. Mit dem fahrplanmäßigen Zug 10.50 Uhr vormittags, an den der Salonwagen angehängt wurde, verließ der Reichspräsident München, um sich über Ingolstadt nach Berlin zu begeben.

Berlin, 8. September. Der Reichspräsident ist von Dietramszell kommend am Dienstag abend 8 Uhr 48 Minuten wieder in der Reichshauptstadt eingetroffen. Zum Empfang am Bahnhof waren erschienen der Vertreter des Reichsstaatskanzlers Reichswehrminister Dr. Seeckt sowie Herren des Stabes des Reichspräsidenten.

Die Chinakonferenz gescheitert.

Peking, 8. Sept. Alle Mächte, die das Washingtoner Abkommen unterzeichnet haben, haben nunmehr ihre Bereitwilligkeit erklärt, an der auf Einladung Chinas am 26. Oktober in Peking zusammenzutretenden Tarifkonferenz teilzunehmen.

Kostbare Gewänder für den Völkerbundrat. Von einem amerikanischen Gewandhersteller des Völkerbundes wurden 12 mit Seide bestickte kostbare Gewänder mit Hermelinragen nach Genf geschickt, die als Kleidung für die Mitglieder des Völkerbundrats dienen sollen. Bisher hat man die Identität des amerikanischen Nähers nicht feststellen können. Ein anderer Amerikaner trat in einem Schreiben an das Generalsekretariat dafür ein, daß das einzige Gewand in der Welt eine Völkerbundswandung sein sollte und überreichte gleichzeitig eine wunderlich geprägte Gebentmünze, die acht Pfund Sterling Gold enthielt.

Deutsche Kunstgewerbler in England. 40 deutsche Kunstgewerbler befinden sich augenblicklich auf einer gemeinsamen Reise in England. Den Künstlern, unter denen sich auch der Münchner Kunstmalers Ludwig Dohlewitz befindet, wurde von ihren englischen Kollegen in London ein großes offizielles Festessen gegeben.

Spanische Truppen in der Bucht von Albuemas gelandet.

Die Angriffe der Arabier abgelehnt.

Paris, 8. Sept. Havas meldet aus Jeddah: Nach gewissen Meldungen haben die Spanier die Gegend südlich von Tetuan besetzt. Bis jetzt ist aber noch keine bestimmte Nachricht darüber in Jeddah eingetroffen. Der Angriff der Rifleute bei Regaglia und Jondal wurde durch die Spanier nach heftigem Kampfe zurückgewiesen. Auch an der französischen Front hat der Feind seine Vorstöße gegen Issual wiederholt, ohne jedoch zum Ziel zu kommen. Mit einem eroberten Geschütz haben die Rifleute den französischen Posten bei Lafrant beschossen. Darauf hat französische Artillerie das Geschütz bald zum Schweigen gebracht. Abd el Krim hat aus dem mittleren Frontabschnitt Truppen herangezogen, anscheinend, um den westlichen Frontabschnitt, der besonders Angriffen ausgesetzt ist, zu verstärken. Nördlich von Tschedel am Rote Meer kämpfen unterworfenen Eingeborenen, und Dissidentenstämme miteinander. Nach dem amtlichen Bericht betragen die spanischen Verluste bei den letzten Kämpfen kaum ein Tausend Mann.

Der Oberkommandierende der marokkanischen Truppen General Nauhin hat einen Armeebefehl herausgegeben, in dem er darauf hinweist, daß die militärischen Operationen gegen die beiden mächtigen Stämme der Tsul und der Branes als beendet angesehen werden könnten, und erklärt weiter, der Dank dafür gebühre den französischen Truppen, die trotz aller Widerstände dieses Ziel erreicht hätten.

Madrid, 8. Sept. Wie hier amtlich bekannt gegeben wird, sind spanische Truppen in der Bucht von Albuemas gelandet. Ueber die Landung hat General Primo de Rivera, der sich an Bord des Schlachtschiffes Alfonso XIII. befindet, folgenden Funkpruch an den König und an die Regierung gerichtet: Heute mittag sind die Truppen in der Bucht von Cebedilla gelandet. Um 12.30 Uhr haben sie nach kurzer Artillerievorbereitung und ohne auf Widerstand zu stoßen Stellung bezogen. Die Landung auf der Halbinsel Morro Ruivo (Albuemasbucht) erfolgte durch die Truppen, die unter Befehl des Generals Sarrailh standen.

„Chicago Tribune“ meldet, daß ein Versuch Primo de Riveras, am 7. d. M. zu landen, gescheitert sei. Nunmehr ist die Landung dem amtlichen Bericht zufolge doch gelungen.

Viele Berichte wollen von einer „furchtbaren Niederlage der Spanier“ und einem „Durchbrechen der Front bei Tetuan“ durch die Arabier wissen. Bis jetzt fehlt eine Bestätigung dieser Meldungen, so daß sie nur mit Vorsicht aufzunehmen sind.

Die Lage in Syrien.

Paris, 8. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus Beirut haben die französischen Flieger einige Stellungen in der Nachbarschaft der Zitadelle von Sweida bombardiert, in denen die Druzen Geschütze aufzustellen versuchten. Ein Telegramm des Generals Sarrailh besagt, daß in Syrien Ruhe herrsche. Nur an der Grenze von Tschabel Druz sei es zu einigen Zwischenfällen gekommen.

Juristen- und Ministerkonferenz.

Gaus bei Stresemann.

Berlin, 9. Sept. Mehrere Blätter melden, daß sich Ministerialdirektor Gaus in Begleitung des Staatssekretärs von Schubert heute nach Rorderney begeben wird, um dort dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann über das Ergebnis der Londoner Besprechungen der juristischen Sachverständigen Bericht zu erstatten. Nach Meldungen der „Bosfischen Zeitung“ und des „Vorwärts“ aus Genf soll der deutschen Regierung als Datum für den Zutritt der Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt der 29. September vorgeschlagen worden sein. Im Berliner Auswärtigen Amt ist jedoch eine offizielle Einladung noch nicht eingetroffen.

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Genf hatte eine Unterredung mit dem belgischen Sachverständigen Rollin, in der dieser u. a. erklärte: Die aus London verbreiteten Nachrichten, denen zufolge bei den Sachverständigenberatungen Belgien die deutsche These unterstützt hätte, sind völlig aus der Luft gegriffen. Tatsache ist, daß die Londoner Beratungen sich von Anfang bis Ende in einer Atmosphäre der Herzlichkeit abgepielt haben, die man vielleicht noch niemals, selbst nicht in Genf, angetroffen hat. Wenn ich mich nicht gegen englische oder französische Vorschläge habe zu wenden brauchen, so hat das darin Grund, daß zwischen diesen und den deutschen Vorschlägen die Differenzen bedeutend weniger ausgeprägt waren, als man hätte glauben können. Wir haben in unserem deutschen Kollegen Gaus einen Unterhändler gefunden, der von dem toniziantesten Geiste beseelt war und der erklärt: Vielleicht, daß wir eine recht gute Arbeit verrichtet haben. Ueber die genauen Ergebnisse unserer Arbeit kann ich Ihnen nichts sagen, ich kann indeffen versichern, daß wir glauben, den Boden für die demnächstigen Verhandlungen in nächster Weise vorbereitet zu haben. Gaus kannte seine Partner bei den Londoner Beratungen bereits, denn er hat schon bei früheren Besprechungen an dem Sicherheitspakt mitgearbeitet. Es ist vielleicht nicht übertrieben zu behaupten, daß die früheren Zusammenkünfte zwischen Fromageot und Gaus zu der Annäherung beigetragen haben, die bei den Londoner Besprechungen erreicht worden ist. Zweifellos bleiben noch große Schwierigkeiten zu überwinden. Unser Eindruck ist indeffen günstig und wir sind gläubig, nach Bühlungnahme mit den Außenministern, feststellen zu können, daß sie unsere Gesandte teilen.

René Viviani.

Am 6. September starb in Paris der Ministerpräsident Frankreichs bei Kriegsausbruch René Viviani. 1862 in Eidsbos-Abbes in Algerien geboren, studierte er Jura und erregte durch seine ungewöhnliche Nebenergabe als Advokat allgemeines Aufsehen. Im den Vordergrund wurde er aber erst durch seine politische Tätigkeit gestellt. Er gehörte der sozialistischen Partei an, trat lebhaft für Friedenspolitik und Aufgabe des Revanchegedankens ein und blieb nach der Dreyfusaffäre der Gruppe Jaures treu. 1888 trat er als sozialistischer Abgeordneter in die Deputiertenkammer ein, hatte von 1906—10 das Wohlfahrtsministerium, von 1913—14 das Kultusministerium inne und wurde am 18. Juni 1914 Ministerpräsident. Die politische Ansicht Vivianis hatte sich in den Jahren seiner Ministerenschaft bedeutend geändert. Offiziell gehörte er der republikanisch-sozialistischen Partei an, mit deren Programm er aber innerlich nichts mehr zu tun hatte. In seiner Ministerpräsidentenschaft fiel die unheilvolle Krise, die den Weltkrieg entzündete. Nun man nun als Haupttreiber zum Kriege hinarbeitete, so hat doch auch Viviani ein großes Maß Schuld auf sich geladen. Er besogel dabei die Politik des „von nichts wissen“, die den Schein der Kriegshetze Deutschlands aufzuheben sollte. Aus seinem Telegramm nach Paris aus Reval vom 27. Juli, geht hervor, daß Frankreich mit Rußland bereits vor Kenntnis der Demarche der Donaumonarchie in Belgrad übereingekommen war, sich auf die Seite Serbiens zu stellen. Der französische Botschafter in Petersburg, Paskologue, der in der russischen Presse die Nachricht verbreitete, daß Deutschland zum Kriege treue, hat seine Anstrichungen von dem Ministerpräsidenten erhalten, der willensschwach, Poincare gewährte ließ. Technische Verschleierungsmanöver führen die französischen Botschafter in Wien und Berlin aus. Während bei Frankreichs Diplomaten zum Kriege drängten und in der ausländischen Presse geschicklich Nachrichten langierten, die von der „Kriegshetze Deutschlands“ sprachen, mähigte sich die französische Presse und predigte Frieden. Viviani mußte wiederum von nichts. Er war fast die ganzen Tage vom Duai d'Orsay abwesend und niemand (!) konnte seinen Aufenthaltsort. Am Morgen des 31. Juli erhielt er Nachricht, daß der Zar die Mobilmachung befohlen. Trotzdem erklärte er dem deutschen Botschafter, von derartigen Maßnahmen Rußlands nichts zu wissen. Aber auch als bereits der Krieg erklärt war, schob er geschickt weiterhin Deutschland die Schuld zu. Wie er selbst am 31. 1. 1919 in der Kammer erklärte, gab er den Befehl heraus, daß es den französischen Truppen verboten sei, eine Grenze zu überschreiten. — Auf sein Schuldbonus fällt ein großes Maß der Verantwortung für den Ausbruch des Weltkrieges.

Vom 26. August 1914 bis 29. Oktober 1915 war Viviani Ministerpräsident ohne Portefeuille, von 1915—1918 Justizminister im 4. Kabinett Briand, 1916—1917 Justiz- und Unterrichtsminister im 5. Kabinett Briand und 1917 Justizminister im 4. Kabinett Ribot. In der Kriegsschuldfrage ist er mehrmals hervorgetreten.

Im Jahre 1922 beging Vivianis Frau Selbstmord und einzeuzeitige Kreuze wollten wissen, daß er daran nicht schuldlos sei. Der Vorfall hatte die Vertrauenswürdigkeit des alten Politikers zur Folge, der er nunmehr durch den Tod entrisen worden ist. Damit ist wieder einer davongegangen, dessen Mund die grausame Lüge von der Kriegsschuld Deutschlands hätte perfidieren können.

Frankreich in Zwangsarbeit!

Präsident de Keruegues über die englisch-französischen Beziehungen.

Paris, 8. Sept. Bei den Beratungen des Generalrates des Departements Cotes du Nord hat der Präsident de Keruegues eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte: Die Rausleute der Londoner City und die Bankiers von Newyork möchten, daß Frankreich während dieses ganzen Jahrhundertis zur Zwangsarbeit verurteilt wird, sodas jeder Arbeiter in Frankreich auf sein Arbeitseinkommen noch einen Zehnten entrichten muß, der noch ungerechter ist als der, gegen den ich unsere Vorfahren im Jahre 1789 ausgelehnt haben. Die Ungerechtigkeit ist tatsächlich um so augenfälliger und das Schicksal um so grauamer, als wir es den diplomatischen Bemühungen Englands zu verdanken haben, daß uns die Früchte unseres Sieges entrisen wurden, und daß man Deutschland vor der Zahlung der Reparationen, die uns zukommen, bewahrt. (!) Die Ereignisse haben gezeigt, daß jede andere Politik einer Politik vorzuziehen ist, die unser nationales Leben an die Politik Englands fetter, und die Fuß um Fuß Frankreich unglücklicherweise nur dahin bringen wird, der Soldat Englands auf dem Kontinent zu sein. Der Redner wandte sich sodann noch scharf gegen die selnerzeit gemeldete Verfügung des Unterrichtsministers, daß die provinzialen Dialekte nicht in den Schulen zugelassen werden sollen, und trat besonders für die bretonische Sprache ein. Der Generatrat nahm schließlich einstimmig eine Vertrauensfundegebung für die Regierung Painleve an.

Kleine Meldungen.

Berlin, 8. Sept. Die Arbeiter des Eisengroßhandels drohen in den Streik zu treten.

Charlottenburg, 8. Sept. Bei einem Verfallssturz im Elektrizitätswerk wurden zwei Arbeiter schwer verletzt.

Bremerhaven, 8. Sept. Dr. Wirth ist heute an Bord der „Stuttgart“ nach Newyork abgetert.

Wien, 8. Sept. Die Polizei hat das aus Jugendlichen bestehende „faschistische Komitee“ aufgelöst.

London, 8. Sept. Die das Foreign Office mitteilt, wurden heute die Ratifikationsurkunden zu dem deutsch-englischen Handelsvertrag ausgetauscht.

Washington, 8. Sept. Nach der Statistik sind im Einwanderungsjahr 1924/25 294 000 Personen eingewandert; 6800 weniger als im Vorjahr.